

A N T R A G

der Abgeordneten Mag.^a Suchan-Mayr, Weninger, Bierbach, Hahn, MEd, MA, Pfister, Mag. Samwald, Mag.^a Scheele, Schmidt, Schindele, Schnabl, Mag. Dr. Spenger und Zonschits

betreffend: **Energiewende gemeinsam gestalten - Energiegemeinschaften stärken**

Energiegemeinschaften sind ein zentrales Instrument zur Umsetzung der Energiewende auf regionaler Ebene. Sie ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinden sowie Betrieben, Energie gemeinschaftlich zu erzeugen, zu speichern und zu verbrauchen – insbesondere auf Basis von Photovoltaikanlagen, die hier in der Praxis die bedeutsamste Grundlage darstellen.

Das Beispiel der Marktgemeinde Trumau zeigt, dass Energiegemeinschaften erfolgreich umgesetzt werden können und sowohl ökologische als auch ökonomische Vorteile bringen. Die gemeinschaftliche Nutzung lokal erzeugten nachhaltigen Stroms stärkt die regionale Wertschöpfung und trägt direkt und nachweislich zur Senkung der Energiekosten für die teilnehmenden Haushalte und Betriebe bei. Derartige Best-Practice-Beispiele sollen systematisch aufbereitet und verbreitet werden, um Niederösterreich zu einem Vorzeigebundesland in diesem Bereich weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus bieten Energiegemeinschaften zahlreiche weitere Vorteile:

- **Wettbewerbsstärkung:** Durch zusätzliche Versorgungsmodelle entsteht indirekt mehr Wettbewerb am Energiemarkt. Dies erhöht den Druck auf etablierte Energieversorgungsunternehmen – etwa die EVN –, ihre Tarife für Endkundinnen und Endkunden wettbewerbsfähig zu gestalten und Preissenkungsspielräume zu nutzen.
- **Netzentlastung:** Regionale Erzeugung und regionaler Verbrauch reduzieren Transportwege und können die Netzinfrastruktur entlasten, insbesondere bei verstärktem Ausbau von Photovoltaikflächen.
- **Preis- und Versorgungssicherheit:** Eine stärkere regionale Eigenversorgung erhöht die Unabhängigkeit von internationalen Energiemärkten und verringert die Anfälligkeit gegenüber Preisschwankungen.
- **Regionale Wertschöpfung:** Investitionen bleiben in der Region, stärken lokale Betriebe und schaffen zusätzliche wirtschaftliche Impulse.
- **Bürgerbeteiligung und Akzeptanz:** Energiegemeinschaften fördern die aktive Beteiligung der Bevölkerung an der Energiewende und erhöhen die gesellschaftliche Akzeptanz für erneuerbare Energieprojekte.
- **Soziale Aspekte:** Durch gemeinschaftliche Modelle können auch Haushalte ohne Möglichkeiten selbst erneuerbare Energie ins Netz einzuspeisen (mangels eigener

Dachflächen, fehlender finanzieller Mittel, etc.) von erneuerbarer Energie profitieren.

Eine verstärkte Bewerbung sowie eine strukturelle und regulatorische Weiterentwicklung von Energiegemeinschaften durch den Bund und das Land Niederösterreich ist daher ein wesentlicher Schritt, um energie-, wirtschafts-, klima- und sozialpolitische Ziele nachhaltig miteinander zu verbinden. Dafür bedarf es eines abgestimmten Maßnahmenpakets auf Bundes- und Landesebene, das sowohl eine verbesserte Förderkulisse als auch die Vereinfachung regulatorischer Rahmenbedingungen sowie den Ausbau unterstützender Service- und Beratungsstrukturen umfasst.

Dieses Maßnahmenpaket enthält insbesondere folgende Punkte:

1. Die Niederösterreichische Landesregierung soll an die Bundesregierung, insbesondere an den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, herantreten und
 - a. im Rahmen der vorgezogenen Budgetverhandlungen darauf hinwirken, dass Förderprogramme für Energiegemeinschaften im kommenden Doppelbudget 2027/2028 jedenfalls berücksichtigt, bedarfsgerecht dotiert und in ihrer Wirkung gezielt erweitert werden sowie
 - b. eine Evaluierung der bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen für Energiegemeinschaften initiieren, um bestehende Verfahren zu vereinfachen und administrative Hürden zu reduzieren, mit dem Ziel, die Gründung von Energiegemeinschaften rascher und praxistauglicher zu gestalten.
2. Das Land Niederösterreich soll eine gezielte landesseitige Anschubförderung für die Gründung neuer Energiegemeinschaften ausarbeiten und ehestmöglich umsetzen.
3. Die Energie- und Umweltagentur des Landes Niederösterreich soll als zentrale Servicestelle für Energie- und Klimafragen, insbesondere im Bereich der Energiegemeinschaften (in Zusammenarbeit mit der österreichischen Koordinationsstelle für Energiegemeinschaften), gezielt ausgebaut und gestärkt werden, insbesondere durch die Bereitstellung kostenloser, umfassender rechtlicher, technischer und organisatorischer Beratung für Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe.
4. Das Land Niederösterreich soll Best-Practice-Modelle aus Gemeinden systematisch evaluieren, landesweit multiplizieren und über die Entwicklung von Energiegemeinschaften im Rahmen des jährlichen NÖ Umwelt-, Klima- und Energieberichtes berichten.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Niederösterreichische Landesregierung, insbesondere der Landeshauptfrau-Stellvertreter für Energie, Wissenschaft und Landwirtschaft Dr. Stephan Pernkopf wird aufgefordert, ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stärkung von Energiegemeinschaften in Niederösterreich umzusetzen.

Dieses umfasst insbesondere:

1. das Herantreten an die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, mit dem Ziel der budgetären Absicherung und Weiterentwicklung von Förderprogrammen für Energiegemeinschaften im Doppelbudget 2027/2028 sowie der Evaluierung und Vereinfachung der regulatorischen Rahmenbedingungen;
2. die Einführung einer landesseitigen Anschubförderung für neu gegründete Energiegemeinschaften;
3. den gezielten Ausbau der NÖ Energie- und Umweltagentur als zentrale Servicestelle für Energiegemeinschaften;
4. die systematische Evaluierung und landesweite Verbreitung von Best-Practice-Modellen sowie eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung von Energiegemeinschaften im NÖ Umwelt-, Klima- und Energiebericht.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Umwelt-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.